noz.de http://www.noz.de/socialmediabar/print/700256 Diesen Artikel finden Sie unter: http://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/700256/osnabrucker-

sozialkonferenz-ist-der-sozialstaat-auf-der-flucht

Ausgabe: Neue Osnabrücker Zeitung

Veröffentlicht am: 17.04.2016

Nährboden für Rechtspopulisten

Osnabrücker Sozialkonferenz: Ist der Sozialstaat auf der Flucht?

von Beate Nakamura



Osnabrück . "Das Problem sind nicht die Flüchtlinge, die zu uns kommen. Das Problem sind die Steuerflüchtlinge", so der Armutsforscher Christoph Butterwegge, Professor an der Universität Köln, bei der 28. Osnabrücker Sozialkonferenz. Der Titel in der Veranstaltung in der Katholischen Familienbildungsstätte: "Sozialstaat auf der Flucht?"

Die Reichen, die ihr Geld in Steueroasen brächten, profitierten oft als Unternehmer von den Geflohenen als Beschäftigten im Niedriglohnsektor und von neuen Aufträgen, wie in der Baubranche. Nach dem rigorosen Umbau des Sozialstaats in den vergangenen Jahren seien Leistungsempfänger durch relative Armut von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Existenzsorgen werden verstärkt

Deren Existenzsorgen würden durch die Ankunft der Flüchtlinge verstärkt: "Ein optimaler Nährboden für rechtspopulistische Parteien. Dieser Entwicklung müssen wir entgegensteuern", so Butterwegge. Die Vermögenssteuer, eine veränderte Kapitalertragssteuer, höhere Spitzensteuersätze für Millionen-Einkommen, Finanztransaktionssteuer und die gezielte Verfolgung von Steuersündern würden die finanziellen Ressourcen für einen aktiven Sozialstaat und mehr Verteilungsgerechtigkeit schaffen.

Mehr Spielraum für kommunale Politik

Dem stimmte auch Rolf Wortmann, Professor an der Hochschule Osnabrück, zu. Sein Beitrag rückte die 1 von 2

Norde Nerhältnisse vor Ort in den Fokus. Um Herausforderungen wie die Integration von Flüchtlingen bewältigen zu können, müsse kommunale Politik wieder mehr Spielraum haben – auch finanziell. Am Beispiel des Themas "Wohnen" verdeutlichte Wortmann, dass sich durch die Geflohenen nur eine Situation verschärfe, die schon lange vom Mangel geprägt sei. Handlungsspielraum habe die Stadt Osnabrück derzeit kaum. Sie müsse ihn sich aber durch Einrichtung einer Wohnungsbaugesellschaft wieder schaffen, um durch bezahlbaren Wohnraum nicht nur den Geflohenen, sondern allen Osnabrückern ein angemessenes Zuhause bieten zu können.

Außerdem könne nur so auch stadtplanerisch Einfluss auf die Entwicklung der Stadt genommen werden. Die Schaffung öffentlicher Räume sei zugleich Ausdruck und notwendige Basis einer lebendigen Demokratie, die gerade jetzt in der Auseinandersetzung mit Parteien wie der AfD und Bewegungen wie Pegida nötig sei. Die Osnabrücker hätten bald im Kommunalwahlkampf die Chance, entsprechend zu agieren.

Integration und Teilhabe für alle

Dazu ermuntern auch Organisatoren und Teilnehmer der Sozialkonferenz. In ihrem Aufruf "Integration und Teilhabe für alle", fordern sie die Wähler in Stadt und Landkreis Osnabrück auf, im Kommunalwahlkampf alle Parteien und Politiker genau unter die Lupe zu nehmen: Werden geflohene und sozial benachteiligte Menschen gegeneinander ausgespielt? Welche Maßnahmen und Ideen planen sie für die angemessene Integration? Setzen sie sich für eine aktive Armutsbekämpfung in Osnabrück ein?

Als Friedensstadt verpflichtet

Der Aufruf soll im Internet und bei Informations- und Wahlkampfveranstaltungen verbreitet werden. Denn, so die Initiatoren: "Wir sehen aktuell die Gefahr, dass von Armut betroffene Menschen in vielfältige Konkurrenzen mit den geflüchteten Menschen geraten. Als Friedensstadt hat Osnabrück hier eine besondere Verpflichtung, dieser Gefahr entgegen zu treten, denn die Würde jedes Menschen ist unantastbar."

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.

2 von 2 18.04.16, 09:08